

HESBERG: Ja. Das hat eine gewisse preisdämpfende Wirkung. Denn viele Erwerber von Grund und Boden wissen gar nicht genau, was sie in einer bestimmten Lage für einen Preis anlegen sollten.

SPIEGEL: Wann werden wir denn dieses Gesetz nun haben? Viele Leute sagen, es hätte viel früher kommen müssen. Die große Aufbauwelle ist ja ohne das Baugesetz gelaufen.

HESBERG: Dieses Bundesbaugesetz ist ungefähr vier Monate nach Aufnahme der Regierungstätigkeit des dritten Kabinetts-Adenauer von der Bundesregierung eingereicht worden. Dann hat der Bundesrat eine ganze Reihe von Abänderungsvorschlägen gebracht. Die Bundesregierung hat zuvor schon bei der Überarbeitung der Vorlage aus dem Zweiten Bundestag einer ganzen Reihe von Wünschen des Bundesrats entsprochen und hat dann auch nach der Stellungnahme des Bundesrats zu der neuen Vorlage abermals den Wünschen des Bundesrats zum Teil entsprochen, so daß es also dann für uns im Herbst 1958 zur Beratung kam.

SPIEGEL: Da ist es dann in Ihren Ausschuß gekommen. Sie haben seit der Zeit darüber gese-


HESBERG: Wir haben dann zunächst die erste Ausschußlesung durchgeführt und haben im November 1959 die zweite Ausschußlesung abgeschlossen. Jetzt befinden wir uns in der dritten Lesung im Ausschuß. Ich denke, daß die Vorlage dann im Frühjahr zur zweiten und dritten Lesung ins Plenum des Deutschen Bundestages kommt.

SPIEGEL: Es wird also nicht wieder so sein wie in der zweiten Legislaturperiode, daß Sie es zum Ende doch nicht mehr durchkriegen?

HESBERG: Nein. Wissen Sie, es ist nicht möglich, ein solches Gesetz, das über 200 Paragraphen hat, innerhalb von einem Jahr in mehreren Lesungen durchzuziehen, wie das in der zweiten Legislaturperiode notwendig gewesen wäre.

SPIEGEL: Aber sechs, sieben Jahre sind doch ein bißchen lang. Es gibt in Bonn Taktiker, die es für inopportun halten, im letzten Jahr einer Legislaturperiode noch ein Gesetz herauszubringen, das die Wähler zwickt. Glauben Sie, daß die noch mitreden werden?

HESBERG: Nein. Dieses Gesetz ist meines Erachtens keines, das die Leute zwickt.

SPIEGEL: Da man nicht weiß, ob dieses Gesetz das Baulandangebot wirklich vermehren wird, muß man sich doch fragen, ob es nicht ratsamer ist, von der Nachfrageseite her zu bremsen, die Eigenheimförderung etwas zu dämpfen, vielleicht langsam die Steuervergünstigungen abzubauen.

HESBERG: Meines Erachtens ist augenblicklich wohl noch nicht der Zeitpunkt gekommen, sondern erst dann, wenn...

SPIEGEL: Nach der Wahl, Herr Dr. Hesberg?

HESBERG: Nein, die Wahl spielt gar keine Rolle für uns bei der Schaffung dieses Gesetzes.

SPIEGEL: Herr Dr. Hesberg, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

MORITZ PFEIL:

FREIKORPS OBERLAND

Der Bundesminister für Vertriebene, Theodor Oberländer, hat — wie anders? — bekanntgegeben, daß er nicht zurückzutreten gedenke. Er will den Kommunisten nicht den Gefallen tun. Er hängt „nicht an meinem Posten, wohl aber an meiner Aufgabe“. Statt dessen ist er, ein amtierender deutscher Bundesminister, nach Den Haag gefahren, um vor einem ob-skuren Ausschuß wiedergutmachungs-heischender Wichtigtuier „auszusagen“. Von diesem Ausschuß, der die Lemberger Erschießungen der Junitage des Jahres 1941 untersuchen will, erhoffen die Freunde des Theodor Oberländer offensichtlich ein besseres Alibi als von einem deutschen parlamentarischen Untersuchungsausschuß, den die SPD in einer Art sträflicher Lethargie durchzusetzen unterlassen hat.

Wir glauben dem Minister, daß er persönlich in Lemberg niemanden totgeschossen hat. Wir glauben ihm sogar, daß er niemandem befohlen hat, unschuldige Lemberger Zivilisten umzubringen. An diesen zu erwartenden Befund klammert sich der wie mit Uhu an seinen Posten geleiimte Mann — als ob die Minister-Tauglichkeit in Deutschland schon gegeben wäre, wenn man nicht als Mörder unschuldiger Zivilisten in Erscheinung getreten ist!

Obschon der langjährige Amtsleiter im Gaustab Ostpreußen des Erich Koch die Demokratie reichlich spät, im fünfzigsten Lebensjahr etwa, schätzensgelernt hat, sollte er als intelligenter Intellektueller begreifen, daß ein demokratischer Minister dann zurückzutreten hat, wenn er für seine Gruppe, für seine Partei, für die Regierung und für sein Land objektiv zu einer Belastung geworden ist — er mag sich so unschuldig fühlen wie nur irgendein Caux-Laborateur. Es mag ungerecht sein, Oberländer zu feuern und Globke mit eiserner Stirn zu schützen, aber wenn es genügen soll, dem hungrigen Rudel der italienischen, amerikanischen, englischen Zeitungsmeute einen Mitfahrer zum Fraß vorzuwerfen, dann muß Oberländer vom Schlitten, und das sofort.

Das Argument, er könne erst nach dem 1. Mai, erst nach seiner Pensionsberechtigung zurücktreten, sticht mitnichten. Es gibt nämlich auch den Urlaub ohne Wiederkehr. Die Pension steht einem Minister, der sechs Jahre hart gearbeitet hat, zu. Er soll sie haben. Der Professor ist auch nicht unschuldig in diese Situation geraten. Anders als Globke, über dessen belastende Rassenkommentare immer Klarheit bestand, hat Oberländer das versäumt, was jeder noch so kleine Stellungsuchende

anständigerweise seinem Dienstherrn schuldig ist: Er hat den Kanzler nicht auf die ganze Schwere seiner NS-Belastung hingewiesen. Im Gegenteil, er hat sich im Bundestags-Handbuch als ein zum Tode verurteilter Widerständler herausgeputzt, er, der den Kriegsschluß als geehrter Universitätsprofessor im Prag des Karl Hermann Frank erlebte, in der gleichen Stadt, in der er als Dr. rer. pol. nach seinem angeblichen Zerwürfnis mit Gauleiter Koch Dekan der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät wurde. Zudem: Auch Göring und Himmler könnten ja von sich behaupten, vom Hitler-Regime zum Tode verurteilt worden zu sein.

Der Kanzler, der mit Grund als treulos gilt, hat diesmal keinen Anlaß zur Treue. Ich wette, Oberländer hat ihm kein Wort davon erzählt, daß er von 1933 bis 1937 Amtsleiter in einem Gaustab war — laut jenem eigenhändig ausgefüllten Fragebogen, den der Minister heute pauschal unter „kommunistische Fälschungen“ abgelegt wissen will. Und der Bundesleiter von 1934 bis 1937 im „Bund deutscher Osten“, weiß das der Führer? Und die antisemitischen Reden und Aufsätze?

Noch mit seinem Abgang, mit seinem rechtzeitigen Abgang, hätte Oberländer jenem mokanten Gerede ein Ende setzen können. Das etwa besagt, eher wandelten die Kölner Domtürme nach Berlin, als daß ein deutscher Minister freiwillig seinen Posten räume. Keine Demütigung; keine Desavouierung, kein Mißtrauensvotum, keine Otto-John-Blamage, kein noch so großer Tort hat seit dem aufrechten Gesinnungsrücktritt Gustav Heinemanns im Jahre 1950 einen gesunden Bundesminister dazu veranlaßt, sein Amt auch nur zur Verfügung zu stellen. Der überständig gewordene Finanzminister, längst pensionsberechtigt, barmte, drohte und rackerte, bis man ihm das Justizministerium und den Ehrenschatz anvertraute. Deutsche Minister klammern wie Ertrinkende, buchstäblich bis zum Tode. Auch Oberländer hat gewartet, bis ihm die anderen Schiffbrüchigen mit dem Ruder auf die Finger schlugen.

Der Feldherrnhallen-Marschierer von 1923 will nicht zurücktreten, weil er den Kommunisten den Gefallen jetzt nicht tun will. Wenn nicht jetzt, wann dann? Jeder Tag länger, den dieser Mann, der nie Minister hätte werden dürfen, noch im Amt festklebt, bringt den Propagandisten des Ostens wie auch den zahlreichen Gegnern Deutschlands im Westen unschätzbaren Gewinn.